

Die UWG- Fraktion spricht sich gegen den Beitritt in die *Städteinitiative "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten"* aus und begründet Ihre Entscheidung auf einer Vielzahl von Studien und Gutachten die u.a. eine Verschlechterung der Emissions- und Kraftstoffverbrauchssituation bei der flächendeckenden Ausweisung von Tempo-30-Zonen im gesamten Stadtgebiet nachweisen. Zudem bestehen für die kommunalen Straßen rechtliche Möglichkeiten Tempo-30-Zonen auszuweisen. Straßen von anderen Straßenbaulastträgern wie dem Land oder dem Bund seien von diesen Regelungen zudem nicht betroffen.

Die weiteren Fraktionen sprechen sich für einen Beitritt in die Städteinitiative aus und unterstützen den Antrag.

Der Beschlussvorschlag wird durch die Ausschussvorsitzende zur Abstimmung gestellt.